

„Arbeit“ erscheint wochentlich, am Samstag, an Sonn- und Festtagen nur Morgens. Der Preis beträgt bei jeder Lieferung im Voraus für Berlin 1.20 M., im Ausland 1.50 M. Die Abnahme kleinerer Stückzahlen ist nach Vereinbarung möglich. Die Abnahme größerer Stückzahlen ist nach Vereinbarung möglich. Die Abnahme größerer Stückzahlen ist nach Vereinbarung möglich.

Der Inhalt des Heftes ist: 1. Die Arbeit in der Welt. 2. Die Arbeit in der Welt. 3. Die Arbeit in der Welt. 4. Die Arbeit in der Welt. 5. Die Arbeit in der Welt. 6. Die Arbeit in der Welt. 7. Die Arbeit in der Welt. 8. Die Arbeit in der Welt. 9. Die Arbeit in der Welt. 10. Die Arbeit in der Welt.

STREIFER

Berliner Organ

der Unabhängigen Sozialdemokratie Deutschlands

Wie der kaiserliche Militarismus organisiert wurde.

Von Emil Rabold.

Die nachstehende Darstellung fußt auf einem Artikel in der letzten Nummer des „Sozialisten“. Siehe auch Nr. 165 der „Freiheit“: Die Wiederbelebung des Militarismus.

Die Schuld, im republikanischen Staat eine monarchistische Wehrmacht gebildet zu haben, wird die rechtssozialistische Partei für alle Zeiten belastet. Sie und die ihr verbündeten Koalitionsparteien tragen aber auch die Verantwortung dafür, daß die neue Wehrmacht einen so riesigen Umfang annahm, daß der alte kaiserliche Militarismus sich auch zahlenmäßig in fast gleicher Stärke in der jungen Republik festsetzen konnte. Die Regierung wußte schon nach Abschluß des Waffenstillstandes, daß die Entente Deutschland ein Heer von höchstens 100 000 Mann zugesprochen würde. Trotzdem legte sie den Militärs bei den Neuwerbungen keinerlei Schranken auf. Ohne Rücksicht auf das Ausland und auf die innerpolitischen Notwendigkeiten ließ sie monatelang Neuwerbungen für das Soldatenheer vornehmen, ohne nach oben hin eine scharfe Grenze zu ziehen. Die Militärs beherrschten das Feld vollkommen. Da mit der innerpolitischen Gefahr, die sie in allen Formen an die Wand malten, die Schaffung einer Wehrmacht in dem von ihnen gewünschten Umfange nicht ausreichend begründet werden konnte, wurde in äußerster geschickter Weise die Notwendigkeit eines starken Grenzschutzes in den Vordergrund der Agitation gestellt. Die Öffentlichkeit wurde dauernd mit Nachrichten über angebliche Invasionsabsichten der polnischen Armee beunruhigt. Daneben hieß es noch, das bolschewistische Gespenst streife von Aurland aus seine Arme nach Ostpreußen und bedrohe Deutschland mit völliger Vernichtung. Die Wirkung blieb nicht aus. Eine große Anzahl von Grenzschutzformationen entstand. Ein Teil davon kam tatsächlich nach dem Osten und legte den Grundstein zu dem verhängnisvollen Baltikumabenteuer. Der andere Teil der ursprünglich als Grenzschutz gebildeten Formationen sah allerdings die Grenze nie, die Truppen trieben sich in Deutschland herum, griffen teilweise bei Straßenkämpfen ein, hatten aber im übrigen keine andere Bestimmung, als neben den Freikorps den Grundstock zu dem großen Soldatenheer zu bilden, das durch das Gesetz vom 6. März 1919 als Reichswehr legalisiert wurde.

Es wäre nun an der Zeit gewesen, die Freikorps und die Grenzschutzformationen aufzulösen und nur noch Reichswehverbände zu bilden, wie sie in dem Gesetz vorgesehen waren. Aber die Freikorps waren die zuverlässigste Stütze und die stärkste Hoffnung der monarchistischen Reaktion geworden. Die Schwerindustrie, das Bankkapital und das Agrarierturn finanzierten diese Truppen in großzügiger Weise; sie sollten die Stütztruppe der Kontinentalrevolution werden. Nicht Auflösung, sondern Aufrüstung war das Ziel. Da die Generalität in den Freikorps gleichfalls ihre höchsten Hoffnungen verortet sah, brühte sie es bei Raskle durch, daß die Freikorps neben den eigentlichen Reichswehverbänden bestehen blieben — immer mit dem Hinweis darauf, daß gerade diese Truppen für den Kampf gegen den inneren Feind nicht zu entbehren seien.

Die Generale und die hinter ihnen stehenden monarchistischen Parteien operierten jetzt im geheimen mit einem neuen Plan. Die Friedensverhandlungen standen vor der Tür. Sie wußten, daß der Friede für Deutschland nicht milde ausfallen würde. Jetzt propagierten sie den Revanchekrieg, lehnten, wieder mit Zustimmung der bekannten Koalitionsmittel, mit gesteigerten Neuwerbungen ein und glaubten allen Ernstes, bis zum Juni Juni über eine Wehrmacht verfügen zu können, die stark genug sei, den Krieg gegen England und Frankreich aufzunehmen. Wie sicher die Herrschaften sich damals bereits fühlten, beweist die Tatsache, daß sie sogar nicht davor zurückschreckten, dem Gesetz gegenüber, was als weise Eintrufung angeordnet. Der Widerstand der Arbeiterklasse, die sich in ihrer übergroßen Mehrzahl die Worte der Unabhängigen Partei, den Frieden unter allen Umständen zu unterzeichnen, zu eigen gemacht hatte, bewies jedoch die klügelnen Pläne der Militaristen in das Reich der Träume. Der Friede wurde unterzeichnet, die Diktaturgelüste der Militaristen wurden nicht zur Wirklichkeit. Einige scharfe Drohungen und Proteste, mit einer klaren Kampfanzeige gegen die Regierung verbunden, waren das Endresultat in dieser für das Sozial Deutschland äußerst wichtigen Periode.

Weitere Ausdehnung des Streiks in Frankreich.

T. U. Paris, 14. Mai.

In der Metallindustrie im Schiffbau- und Baugewerbe nimmt die Zahl der Aufständigen immer noch zu. Bergleuten haben die Arbeiter der Pariser Gaswerke die Anweisung erhalten, sich dem Ausstand anzuschließen und die Führer des Gewerkschaftsbundes kündigen an, daß neue Aufgebote folgen werden, selbst wenn sie indessen verhaftet worden sollten.

Die Streikbewegung in Frankreich gibt unserem köllnischen Parteiorgan „Der Volk“ Veranlassung zu längeren Ausführungen über die Ausdehnung des Wirkungsbereiches der Berufsorganisationen. Die Fachvereinigungen oder die Gewerkschaften sind nicht mehr das, was sie gewesen: die Organisation von Arbeitern, die für bessere Arbeitsbedingungen in ihrem eigenen Beruf sich mit einander verbunden haben. Die Berufsorganisation hat nicht mehr oder wenigstens nicht mehr als eine andere Verteilung der Arbeiterprodukte im Auge, sie kämpft auch für eine andere Produktionsweise. Um die Ausbeutung zu beschränken, war es notwendig, daß die Mitglieder eines bestimmten Betriebes ihren Arbeitgebern eine Macht entgegenstellen konnten. Um die Ausbeutung abzuschaffen, ist es nötig, daß die Arbeiter dem Staat, dem Machtmittel der kapitalistischen Klasse, eine Macht entgegenstellen können. Aber das können sie nicht absondern, als Glieder eines beschränkten Betriebes. Zu diesem Zweck müssen sie sich miteinander als Glieder derselben Klasse verbinden.

Während früher der anfänglich so handele Anschluß der Berufsorganisationen an die politische Partei abgeschnitten worden ist, weil dies das Wachstum der wirtschaftlichen Organisation beeinträchtigte, fielen später alle Hindernisse für eine befristete Zusammenarbeit fort. Inzwischen sind die Berufsorganisationen viel stärker geworden. Überall sieht man sie Anstalten treffen, um einen Teil der Arbeit der politischen Partei zu übernehmen. Und zwar den wichtigsten und mühsamsten Teil: die Aufhebung des Privatbesitzes an den Produktionsmitteln. Für diesen Kampf gebieten sie über die kräftigste Waffe des Proletariats: die Arbeitniederlegung. Der Unterschied gegen früher ist, daß eine sehr viel größere und besser bewaffnete Masse der Bewegung für den Sozialismus beiträgt. Die neuesten Erscheinungsformen für diese neue Kampffront sind die Zusammenschlüsse zu Kartellen, jetzt in Frankreich und bereits vor einigen Jahren in England. Die Ereignisse in Deutschland, die ein selbständiges Auftreten der Zentralen Gewerkschaftsleitung gegenüber der Regierung zeigten, seien Ingelegen der gleichen Entwicklung.

Selbstverständlich ist auch die neue Kampffront vor Schwierigkeiten nicht sicher. Sie erfordert außerordentliche Besonnenheit, noch mehr Disziplin, noch mehr Solidarität, noch mehr Opferbereitschaft. Sie birgt Gefahren noch genug in sich. Auch in Frankreich hat eine heftige Meinungsverschiedenheit über große Fragen der Taktik zu heftigen Debatten geführt. Aber das hat nicht zu tun mit der allgemeinen Bedeutung der Erscheinungen, zu denen diese Aktion gehört. Man muß immer mit der Möglichkeit einer Niederlage rechnen. Aber es ist schon viel erreicht.

damit, daß nicht eine Organisation, die den Kampf vielleicht nicht genügend vorbereitet, in diesem Kampf allein steht, sondern daß andere Organisationen ihr unter einer allgemeinen Leitung beistehen und sie in ihrem Streik unterstützen, so wie es jetzt die Bergarbeiter in Frankreich tun, die von der C. G. T. zum Streik angerufen wurden.

Die Vorbereitungen für Spanien.

H. N. London, 14. Mai.

In internationalen Kreisen hält man es für wahrscheinlich, daß der Wunsch des Obersten Kommandos, das Reich der Sozialisten zu erobern, einen kurzen Aufschub der Revolution in Spanien notwendig machen werde. Bekanntlich sollen die Vorbereitungen zwischen Lord George und Alexander Gude dieser Woche in Genua an der obersten Spitze, wo sich Lord George angeblich befindet, stattfinden. Dortin wird sich auch der französische Finanzminister und am Sonnabend der französische Vizepräsident in London befinden. Ferner werden, wie bekannt, französische Embassaden und Gesandten an den Vorbereitungen teilnehmen. Vermutlich werden sich denn alle französischen Delegationen bereits am Sonntag nach Paris zurückbegeben. Auf Befehl der nächsten Woche wird der angekündigte Besuch des belgischen Vizepräsidenten in London zu Ende gehen mit Lord George erlösen.

Beteiligung Deutschlands nur bei vorheriger Klärung des Meinungs.

T. U. Berlin, 14. Mai.

Die Frankfurter Zeitung meldet: Das Kabinett hat am Mittwochabend gemeinsam mit den in Berlin anwesenden Ministerpräsidenten und Ministern der einzelstaatlichen Regierungen, die von der deutschen Regierung in Spanien zu behandelnden Fragen besprochen. Uebereinstimmung ergab sich darin, daß die deutsche Regierung weder Vertreter zur Beobachtung nach Spanien entsenden sollte, noch zu den am 16. Mai in Paris stattfindenden wirtschaftlichen Besprechungen, wenn nicht vorher die französischen Truppen aus Frankreich am Rhein und dem übrigen Meinungs zurückgezogen seien, da jede Voraussetzung für die weitere Aufrechterhaltung der Besetzung hinfällig geworden sei.

Guerra Präsident von Mexiko.

K. U. Washington, 14. Mai.

Einem Bericht aus Mexiko zufolge hat Guerra Präsident der Präsidentschaft der Vereinigten Staaten von Mexiko übernommen. Guarrans Schicksal ist noch unbekannt. Die Aufständischen haben immer noch einen Sieg errungen. Damit dürfte die Situation des seit der 1911 erfolgten Vertreibung des langjährigen Präsidenten Porfirio Diaz von Mexiko zurückgewanderten Landes in ein neues Stadium getreten sein. Im Gegensatz zu Carranza, mit dem gemeinsam er früher Diaz und dann Madero bestürzte, treibt Guerra eine ausgesprochen amerikafeindliche Politik.

Nach dem Friedensvertrag sollte nunmehr das deutsche Heer vom 1. Oktober 1919 ab die Stärke von 200 000 Mann nicht überschreiten. Am 31. März 1920 aber sollte es auf 100 000 Mann herabgesetzt sein und in dieser Stärke fürderhin bestehen. Der Friedensvertrag enthält, wie allgemein bekannt ist, viele harte Bestimmungen auf wirtschaftlichem Gebiete. Bestimmungen, die nie erfüllt werden können und für deren umgehende Wiltierung die Sozialisten aller Länder eintreten. Auf rein militärischem Gebiete aber sind die festgesetzten Bestimmungen nicht zu hart. Eine Truppenmacht in Stärke von 100 000 Mann reicht für Deutschland vollkommen aus, um die Ordnung im Innern aufrecht zu erhalten. Eine andere Aufgabe aber — etwa einen Krieg nach außen — kann ein Soldatenheer, auch wenn es drei- oder vierhunderttausend Mann stark wäre, nicht erfüllen. Mein militärtechnisch nicht. Die Regierung hätte also die Pflicht gehabt, den Friedensvertrag, soweit seine militärische Seite in Betracht kam, sofort durchzuführen. Das war nicht nur eine innerpolitische Notwendigkeit, sondern die Entmilitarisierung Deutschlands hätte auch ihre Wirkung auf das Ausland nicht verfehlt und eine Wiltierung des Friedensvertrages auf wirtschaftlichem Gebiete nach sich gezogen. Aber die Regierung besah sich damals bereits völlig in der Abhängigkeit der wilhelminischen Generale. Das deutsche Heer war auf 100 000 bis achthunderttausend Mann angeschwollen, hatte also beinahe die Friedensstärke des kaiserlichen Heeres erreicht. Nun hatten die Militaristen ein außerordentliches Pressionsmittel in der Hand. Während sie

bisher die dauernde Verstärkung der Wehrmacht mit der Gefahr innerer Unruhen begründeten, widersetzten sie sich jetzt der Herabsetzung mit dem Hinweis darauf, daß die entlassenen Reichswehangehörigen für die Republik eine große Gefahr bilden würden. Schon vier Wochen nach der Unterzeichnung des Friedensvertrages, am 25. Juli 1919, richtete General Düllwitz, der Kommandeur des Reichswehtruppenkommandos I, an das Reichswehrministerium ein Schriftstück, in dem er die angeblichen Gefahren, die durch eine Herabsetzung des Heeres entstehen würden, wie folgt schilderte: Die rein wirtschaftlichen Gefahren liegen klar. Die Hoff der Erwerbstätigen wächst durch die Entlassung und die Rückkehr der Kriegesgefangenen ständig so an, daß auch die vorgeklärten Gegenmaßnahmen (Kontingentskontrollen mit Reichswehangehörigen, Arbeitsnachweise) nicht ausreichen werden, um die Leute unterzubringen und zu beschäftigen. Der bei diesen auch gut gemeinten Worten sich verheißende Gehalts nach dem erfüllter Pflicht auf die Straße geht zu sein, und die Unzufriedenheit friggern und sich zuweilen nicht in die Hände der Sozialisten und Kommunisten stecken. Das der Volkswirtschaft auf diese Katastrophe deutet, ist bekannt, und leider sind diese Hoffnungen nicht unbegründet. Mit jedem entlassenen Mann wächst die Macht des Unzufriedenen, die Kampfkraft der Truppen geht zurück. In der Truppe selbst gewiß schon jetzt eine größere Unruhe, weil die berechtigten Fragen: Wann werde ich auf die Straße geschickt? — in allen Klassen (auch dem hohen die Führer machtes gegenüber. Das der innere Wert der Truppe unter solchen Umständen leiden muß, ist selbstverständlich und bereits erwiesen. Jede Verkleinerung, jede Verkleinerung

trumpftrückeren nicht ein Widerspruch, weil die drohende Auf-
lösung des Verbandes dahinter geschildert wird. Von mündlichen und
schriftlichen Erwägungen und Widersprüchen hat die Entschliessung
in dieser Hinsicht ihren Weg bereits zu Bedingungen und
Kauf ausgesprochenen Forderungen an den Reichswehrminister
genommen. Bis jetzt ist es gelungen, der Dinge Herr zu werden.
Bleibt aber erst die wirkliche Ausführung von Verbindungen, so
ist der Weg zur glatten Weigerung mit allen ihren Folgen nicht
mehr weit. Ich muß endlich und mit allem Nachdruck betonen:
Die innere Lage und die Stellung der Regierung ist nicht so, daß
wir jetzt mit der Front gegen den Bolschewismus eine äusserliche,
tiefgreifende, jeden einzelnen Verband erschütternde Umorganisa-
tion anzogehen können. Die Disziplin der Reichswehr ist einer der-
artigen außerordentlichen Kraftprobe nicht gewachsen.

Die Regierung gab diesem Ultimatum nach. Es
wurden zwar im Laufe der Zeit einige Formationen aufge-
kocht — in erster Linie diejenigen, die republikanischer Ge-
sinnung verdächtig waren —, aber am 1. Oktober 1919 war
das Heer immer noch mindestens um das Dreifache stärker,
als es der Friedensvertrag vorschrieb. Gleichzeitig hatten
sich im Baltikum etwa 80 000 bis 100 000 Soldaten ver-
ammelt, um von dort aus den Krieg gegen Sowjet-
russland aufzunehmen. Das Baltikum sollte eine Art
Reservoir für die deutsche Wehrmacht werden. Unter dem
Vorwand, gegen den Bolschewismus zu kämpfen, wollte man
dort möglichst lange eine starke Truppenmacht zusammen-
halten. Gelingt es, die russische Materie in Verbindung
mit Denikin, Koltischal und Judenitsch niederzu-
werfen, dann sollte das Heer lehrtmachen und mit Hilfe
der in Deutschland befindlichen Truppen das Ziel aller mili-
tärischen Führer — die Monarchie — in die Tat umsetzen.
Nachdem der abenteuerliche Plan an dem Nachwort der
Entente scheitert war, hieß es für die Militärs nunmehr,
in Deutschland die entsprechenden Organisationen zur Durch-
führung der Gegenrevolution zu schaffen. Viel Arbeit gab
es da nicht mehr zu erledigen. Die Truppen waren fest
in der Hand ihrer Führer. Die wenigen republikanischen
Unterführer waren im Verlauf der letzten Monate aus der
Reichswehr hinausgedrängt worden. Republikanische
Propaganda unter den Soldaten war ver-
boten. Anhänger der U. S. V. D. oder gar der
R. B. D. wurden im Heere nicht geduldet. Jeder,
der sich verdächtig machte, mit einer dieser Parteien zu
sympathisieren, mußte auf Grund eines Kommandos auf der
Stelle entlassen werden. Das gleiche Schicksal traf auch die
Anhänger der mehrheitlich sozialistischen Partei. So wurde
der Krieg nach allen Seiten geschlossen. Ende des Jahres
1919 gab es in der Reichswehr keinen Republikaner mehr.
Die Wehrmacht stand fertig gerüstet. Nicht für, sondern
gegen die Republik. Es bedurfte nur des Signals zum Los-
schlagen. Dieses Signal wurde am 13. März gegeben und
wir haben gesehen, daß es von allen Führern der
Wehrmacht befolgt wurde. Ebert und Noske, die das
neue Heer erschaffen hatten, mußten bei Nacht und Nebel
vor ihm aufrücken. Nicht ein Soldat stand zu ihrer Ver-
fügung. Was die Unabhängige Partei seit Jahr und Tag
vorausgesagt hatte, ging damit in Erfüllung. Die Militärs,
die sich in den ersten Monaten nach der Revolution als die
Diener der republikanischen Regierung ausgaben, waren
zu ihrem Herrn geworden. Sie sind auch heute
noch die tatsächlichen Inhaber der öffent-
lichen Gewalt.

Künftige Angriffe gegen Kiew.

Warschau, 12. Mai. (Mensch.)

Die Streitkräfte der Bolschewisten haben, verläßt durch
Truppen aus dem Norden und Süden, am 10. Mai den Dnieper
überquert und die polnische Stellung, die den Zugang
zu Kiew sichert, angegriffen. Die Polen stellen ihre Stel-
lungen und nahmen zwei feindliche Batterien gefangen. Feind-
liche Flugzeuge haben Kiew mit Bomben belegt.

Muse und Gehricht.

Der Tag Dortu.

Die Mühseligkeit ist ein hartes Gewerbe. Wie Mühselig-
keit und Gehricht sind wie die Bergleute: sonnen-
lose Arbeit. Und wie die Gelber wogendurchschneidender Schiffe
sind wir: staubdurchschneidend.

Der Bergmann fördert zu Tag: aus der Nacht heraus. Wir
Mühseligen und Gehrichtigen die Tagelöhner. Das „Nichts-mehr-
mögen“ des einzelnen Hauses: wir holen es ab.

Was aber dem Haus nichts mehr nützt: durch den Gang
unserer Hände erlischt es wieder. Da sind die feuergefährlichen
Mühseligen. Sie sind Unglückseliger. Erfordere Werk werden wieder
zu sehen. Trotz der präherkömmlichen Gewerbe sind wir also
gewissermaßen doch Schöpfer. Schöpfer oder Wechselgänger neuer
Werte.

Die Beobachtung, die auf uns liegt: wir verdienen sie nicht.
Der Dämoner sieht mit schmerzlichen Augen auf uns. Er sieht unser
Handwerk: nicht die Last unseres Handwerkes sieht er, wohl
aber den Schmutz desselben.

Wer denkt wohl, wenn er den Mühseligen wie eine schwere
Kette einhängen sieht, wie unsere Lungen ausdauern können?
Daß der Menschheit die Augen zeigt, daß wir Millionen Mi-
kroben und Bakterien einschleppen müssen: jeder sieht es als selbst-
verständlich, als durchaus nichts Besondere an.

Regnet es, dann sind unsere Hände grau-schwarzlich. Frisiert
es, dann sind unsere Hände rotblau. Schneit es, dann sind wir
weiße Schneemänner mit schwarzen Gesichtern.

Aber die Nacht verbirgt das ja alles. Die Stadt sieht ihre
Ergebnisse nicht gern. Mit dunklen Händen stellt Haus um
Haus uns seine widerwärtige Absicht hin: und verächtlich
schaut hin.

Wir Mühseligen haben keine offenen Türen. Und keine
offenen Herzen haben wir. Man umgeht uns: wie man unsere
Mühseligen umgeht — und wie man Geizhals, Wüßteil
und Spieß umgeht.

Die Gemohnheit läßt das zwar vergessen: aber manchmal
sieht es doch an der Stelle.

Mühselige und Gehrichtige! Der Koffein quillt auf vor Boden —
und der Intellektuelle, der Alleswissende: er stellt
satirische Klänge um seine dünnen Rippen, seine Augen sagen
Dohn — — Mühselige und Gehrichtige! O, auch wir grauschwarzen
Männer der Nacht — auch wir haben Gehricht!

Und dieses unser Gefühl, es läßt uns unser schmutziges
Handwerk ertragen und weiterführen. Wir sind der Stadt eine
Notwendigkeit.

Kavaliers und Lebendamen, trunksche Schieber, spinnendürre

Die österreichische Sozialdemokratie und die Internationale.

Wir berichteten vor einigen Tagen, daß der Parteivor-
stand der sozialdemokratischen Arbeiterpartei Deutschöster-
reichs an das Internationale sozialistische Bureau in Brüssel
ein Schreiben gerichtet hat, in dem er die Beteiligung an
dem Genfer Kongress ablehnt. Aus dem jetzt vor-
liegenden Wortlaut des Schreibens, das von den Genossen
Skaret und Fr. Adler unterzeichnet ist, entnehmen
wir folgende Stellen, die die Gründe der Ablehnung und
die Stellung der österreichischen Sozialdemokratie in der
Frage der Erneuerung der Internationale charakterisiert.
Es heißt in dem Schreiben:

„Unser Parteitag im November 1919 hat den Parteivorstand
ermächtigt, den Genfer Kongress zu beschicken, er hat ihn
aber nicht dazu verpflichtet. Der Parteitag wollte dem
Parteivorstand die Möglichkeit der Beurteilung überlassen, ob in
jenem früheren Zeitpunkt der Kongress eine jener Gelegenheiten
der Bekämpfung mit den verschiedenen Gruppierungen des
Proletariats, die zur Wiederherstellung der Einheit der Inter-
nationale dienen können, sei oder nicht. Da wir in dem Zu-
kunftstritt des Genfer Kongresses nur Gefahren für die Wieder-
herstellung der Internationale erblicken, hat der Parteivorstand
beschlossen, sich an demselben nicht zu beteiligen.“

Dieser Beschluß soll keinerlei Spitze gegen irgend
eine Partei enthalten. Im Gegenteil ist es uns ein
wichtiges Bedürfnis, bei dieser Gelegenheit auszusprechen, wie sehr
uns das Anwachsen internationaler Solidarität
in allen Ländern mit Freude erfüllt. Vor allem begrüßen
wir die Steigerung des Interesses für die kontinentalen Verhält-
nisse in England und denken insbesondere des beharrlichen
Protests der Labour Party gegen die imperialistischen Diktate
von Saint-Germain und Versailles, gegen den
weißen Terror in Ost- und Ungarn, der auch die
Reaktion in Deutschösterreich fürchtete und immer wieder ermutigt.
Aber wir stehen nach wie vor auf dem Boden der Revolution
unseres Parteitag vom November 1919, in der es heißt:

Die Erfahrungen im Weltkrieg mußten notwendig be-
wirken, daß der internationale Gedanke mit erneuter Leiden-
schaftlichkeit im Proletariat noch Geltung findet, aber der
Wiederaufbau der internationalen Organisation kann leider
nicht das Werk eines Augenblicks sein, er erfordert
harte Arbeit und große Geduld. Keiner der beiden
seitigen Versuche internationaler Organi-
sation — weder der Brüsseler noch der Mos-
kauer — kann uns befriedigen. Vor allem erstreben
wir die Einheit der Internationale, die Proletariat aller
Länder sollen in einer gewaltigen Organisation zusammen-
gefaßt werden.

Wir müssen die Kraft haben, unser Schicksal mit Festung zu
tragen. Die Internationale ist bei Kriegsausbruch aktionsunfähig
geworden und wir sind nicht gesonnen, uns der Selbst-
täuschung hinzugeben, als könnten die Folgen des Krieges für
die Internationale im gegenwärtigen Zeitpunkt überwunden
werden. Wir sind in der bitteren Notwendigkeit, auf die Wieder-
herstellung der Internationale warten zu müssen. Wir sind
überzeugt, daß derzeit jeder Versuch der Zusammenfassung ver-
fehlt ist und eine Erschwerung der künftigen Arbeit des
Wiederaufbaus der Internationale bedeutet. Der historische Zeit-
punkt für die Erneuerung der Internationale, den wir mit gleicher
Inbrunst ersehnen wie die Proletariat aller Länder, ist noch nicht
gekommen. Wir müssen leider in der unmittelbaren Zukunft uns
weiter ohne Internationale behelfen, wie wir gezwungen waren.
In den letzten Jahren des Krieges ohne sie auszukommen. Wir
werden die in der letzten Periode notwendige Selbstüber-
windung aufbringen und vor allen überreifen Schritten
warnen, damit, wenn der historische Moment gekommen ist, eine
kampffähige Internationale gebildet werde, in der die Proletariat
aller Länder vereint sind.“

Wir würden vollkommen die Gründe, die unsere
österreichischen Genossen zu ihrer Warnung vor übertriebe-
nen Hoffnungen und überreifen Schritten veranlassen. In-
dessen könnte der Ton der letzten Sätze den Anschein er-
wecken, als müßten sich die revolutionären sozialistischen
Parteien resigniert darin fügen, daß gegenwärtig keine
aktionsfähige Internationale, die wirklich die Proletariat
aller Länder umschließt, vorhanden ist. Diese Schluß-
folgerungen wäre falsch. Wenn sich auch der Prozeß der
Wiederherstellung der Internationale langsam voll-
zieht, als man will den muß, so berechtigen namentlich die
Ergebnisse des Straßburger Kongresses der französischen
Sozialdemokratie und des Orléans-Kongresses der Unabhän-
gigen Arbeiterpartei Englands zu der Erwartung, daß der
Weg, den unter Leidaiger Parteitag in der Frage
der Internationale beschritten hat, zur Zusammenfassung
der sozialrevolutionären Parteien aller Länder führen
wird.

Rechtssozialistische Wahlpolitik.

Uns wird geschrieben:

In einer öffentlichen Wählerversammlung, die von der
S. P. D. in Niederschönhausen einberufen war, führte
der Referent, Robert Schmidt, aus, daß es von Nutzen
insofern sei, den Krieg gegen Polen zu führen, denn das ver-
stoße durchaus gegen die kommunistische Auffassung. Die So-
zialistische Bewegung sei verständig kein Gewinn für die Arbeiter,
das beweisen Eisenbahn und Post, die doch sozialisiert seien (!) und
jährlich Milliarden Zuschüsse brauchen. Vom freien Handel sagte
er: Die Arbeiterschaft müßte erst so viel produzieren, daß es
möglich sei, im Auslande Lebensmittel aufzukaufen, um den ein-
heimischen Landwirten eine Konkurrenz bieten zu können. Nur
so könnten die egoistischen Landwirte bekämpft werden. Es heiße
also Arbeit, Arbeit und wieder Arbeit.

Auf einen Zwischenruf, der auf die schmachvolle Tätigkeit
Noskes hinwies, bemerkte der Redner: „Mein Freund Noske hat
seine Pflicht voll und ganz getan.“ Diese Aeußerung rief den
stürmischen Widerspruch der Versammlung hervor. Herr Schmidt
meinte ferner, es sei nicht möglich, die konterrevolutionären
Truppen aufzulösen, dazu gebören Nachmittel. Man müsse
Blutvergießen verhindern und versuchen, in Ruhe die Auflösung
zu erreichen.

In einstündiger Rede antwortete ihm ein Vertreter unserer
Partei, der mit seinen Ausführungen fürwärtigen Beifall erntete.

Der Untertan.

Vor einigen Tagen wurde gemeldet, daß Oberst Bauer
einem amerikanischen Journalisten erklärt habe, der Große Gene-
ralstab habe während des Krieges bei dem Kaiser oft um das
Notwendigste bitten müssen. Der Kaiser sei nur selten zu einer
Entscheidung zu bringen gewesen. Im Januar 1918 habe
deswegen Ludendorff erklärt, daß der Kaiser abgesetzt werden müsse
oder der Ausgang des Krieges sei gefährdet. Er habe auch dar-
auf gedrungen, die bestmögliche Schritte zu unternehmen.

Diese Aeußerungen des Obersten Bauer sind der Inhalt des
früheren großen Hauptquartiers scheinbar höchst unangenehm auf
die Herren gefallen. Ludendorff, dessen Kaisertriumph dadurch
in ein recht eigenartiges Licht gesetzt wurde, hat es aber wieder
unterlassen, die Behauptungen des Obersten Bauer zu widerlegen.
Das ist immerhin mehr als sonderbar. In seiner Statt tritt
jetzt Herr Hindenburg das Wort. Er erklärt im „Hannoverschen
Kurier“, daß „S. M. der Kaiser und König“ seine An-
sichten stets unverzählich an den Reichskanzler weitergeleitet
habe, und daß alle militärischen Entscheidungen „von dem Aller-
höchsten Kaiser“ stets ohne die geringste Verzögerung ge-
troffen worden seien. Von einer Absetzung „seiner Majestät“ sei
im Großen Generalstab nie gesprochen worden. Dem Wunsche, der
eines besartigen geplant habe, wäre nach der Erklärung Hinden-
burgs sofort die Tür geschlossen worden.

Hindenburg erweist sich in dieser Erklärung wieder als der
treue Diener seines Herrn. Seine demütige Unabhängigkeit war
während des Krieges natürlich auch dem herrschaftlichen Luden-
dorff und dessen treulosen Freund Oberst Bauer bekannt und
gerade deshalb werden sie beide gehißt haben, den Feldmarschall
in ihre dunkelsten Pläne einzuschleiben.

Vortragsabende.

Immer fragen sie vor, sagen auf, lesen. Abend für Abend.
Immer dasselbe Bild: ein matt erleuchteter Saal, eine kleine
Schar von Bekannten, Verwandten und Bekannten, fast
stets dieselbe unbehagliche Stimmung, denn die meisten kommen
nur aus Mitleid, wenige treibt der Beruf: dann tritt irgend-
ein Mensch das Podium, der immer besser gekleidet ist als seine
Zuhörer; und nun beginnt das Monologium — Abend für Abend.
Ein Plaf, ein Zwisch, ein Plaf, ein Zwisch, ein Plaf, ein Zwisch.

Jüngst gab es einen romantischen Dichterabend — ein ganz
braves, ganz stimmungsvolles, man sah fast wie unter einer Kamille,
beinahe wäre man nicht vor der Zeit ausgetreten. Man hätte
etwas vom verspannten Nadel, vom Quirer Vorleser, der kein
Wortler ist aber Muffler hat, man erlebte Gemüde, am Ende trieb
der spielerische D. G. Jacob, Zwischendurch wurde gesungen. Das
Programm war geschmackvoll, die Weitergabe erfreulich warm,
gesehnt und hingegen. Werb Maurer im Besonderen, teil-
nahmsvoll gelesen und Verste Grundmann beseligt ge-
sungen. Aber an einem andern Abend brachte Günther
Stark gute Stücke aus Laube, Efferhard, Morgenstern. Ruh
denn aber im Laufe eines Winters die ganze Weltliteratur vom
Podium her vorlesen werden kann man nicht selber ablesen, es
verdient man so wenig Vertrauen — Keulich erschien etwas
anspruchsvoll, aber innerlich unsicher und leer, der Herr
W. F. Scheller und legte eine Prüfung im Lesen ab, um jede
Teilnahme vermissen zu lassen. Unglücklicherweise sah neben
ihm die Franze Koloff; entschieden, verblissen, schlug aus
distanziertem, nachgeschobenem Punktum (statisches Feuer,
ohne von der Notwendigkeit des Aufwandes an Erregung und
Kampf zu überzeugen).

Die Aufführungen des Staatlichen Schauspielhauses in Neu-
Wien sind in einer Denkschrift, die vom Intendanten des
Staatstheaters, Leopold Reiner, verfaßt und an das
Ministerium für Kunst und Wissenschaft gerichtet ist, nochmals
eingehend gewürdigt worden. Die Denkschrift beibrachten
zahlreichen Stimmen der Groß-Berliner Presse sind, abgesehen
von der überaus günstigen Beurteilung der Aufführungen an sich,
darin einig, daß das Staatstheater mit diesem Schritt gute
dramatische Kunst unter die Massen der werktätigen Bevölkerung
zu tragen, Nachhilfe verdient.

In der Volksbühne ist die Aufführung von Calderons
„Mater von Salamea“ auf Freitag nächster Woche
festgelegt.

Das neue Volkstheater (Adenauer Straße 68) gewährt den
organisierten Arbeitern für alle Vorstellungen und alle Plätze
halbe Preise.

Spieler: sie sind unsere Begleiter in der Nacht. Wenn wir nun
die Sterne fragen — wer wiegt mehr: sie oder wir? Segne
uns, Arbeit!

Hans Baluschel.

Das Künstlerhaus (Wollanstraße 5) stellt eine große Reihe
von Bildern und Zeichnungen Hans Baluschels aus, um seinen
20. Geburtstag mitzufeiern.

Wenn man seine Bilder in den regelmäßigen Jahresaus-
stellungen der Sezession früher sah, erschien Baluschel unter den
weltgewandten eleganten Salon-Impressionisten immer als ein
beschränkter Reizlose, dessen mehr provinzieller Naturismus
im Traditionsboden blieb, und der durch seine Kleinbürgerlichen
und proletarischen Stoffe das so verdächtige „literarische“ nicht los
wurde. Die Gesamtansichtnahme beweist nun, daß das Verhältnis
doch ein anderes ist. — Wenn Baluschel sich nicht in eine sozial-
istisch-gesellschaftliche Art „materisch“ zu sein, einzuweisen lieh,
so erscheint uns das heute als Verdienst. Die Berechtigung ver-
langt, anzuerkennen, daß seine Schilderung der Natur doch
wesentlicher, tendenzierter und ausdrucksvoller ist als das flotten
Impressionismus à la mode von 1900.

Hans Baluschel künstlerisch vorwärts, war nicht Schein, nicht
Kunstwerk, nicht „reine Materie“, sondern menschlich-sachliche
Darstellung der Welt, Wahrheit, Spiegel, Manifest zu sein. — Hat
er diese große Aufgabe gelöst? Im früheren Teil seines Werkes
wohl nicht. Man oft übertrumpfte ihn doch wieder die Konven-
tionelle Auffassung von „Kunst“ und drängte seine menschliche Tat
in Anerkennung des Meisters zurück — von ihnen Arbeiten ganz
absehen, in denen er an sehr nur Chronist blieb. Aber es sind
ein paar Bilder in dieser Ausstellung, die Baluschel seinem Ziele
sehr nahe setzen und die uns sehr für die Welt ihrer Entschlossen-
heit wie eine erste Vorahnung des Bolschewismus erscheinen. Das ist
namentlich das Bild „Kohlearbeiterinnen“. Ferner: „Maggie“
(1918) und „Kühling“ (1911). Das „Tempelhofer Feld“ von
1907 selbst, obwohl es eine der stärksten Leistungen ist. Die
„Kohlearbeiterinnen“ sind aber wohl kein Welkes — außerordent-
lich schön und fast schon eine Erregung der Intentionellen Bild-
form. Hier hat Baluschel die Kunst verlassen, alle Schönheit,
alle Form — und hat sein härtestes Werk, seine schärfste Stellung,
seine härteste Norm angenommen. Alle Aktion vor dieser anti-
ästhetischen nackten Tat. Von diesem Bilde ist eine Verbindung
zum Dente. Selber hat Baluschel nachdem nur selten wieder
diese Intenstität, Spannung und Humanität erreicht. Sein
jüngstes Werk in dieser Ausstellung ist, offen zu stehen, eine
Gottschauung.

Adolf Behne

Der vorläufige Reichswirtschafts-

rat.

Von G. Kuffhäuser.

Die lange Zeit etwas geräuschvoll angekündigte Verankerung des Nationalrats hat mit der Schaffung des Reichswirtschaftsrates ihren vorläufigen Anfang genommen. Die Reichswirtschaftsräte dieses Reichswirtschaftsrates bieten dem organisierten Unternehmertum bereits willkommene Gelegenheit, die Belange des Betriebs in die vorrevolutionäre soziale Ordnung zurückzubringen, und es bedarf keiner Prophezei, um zu behaupten, daß das Reichswirtschaftsrecht in kürzester Zeit beständige Kämpfe auslösen wird. Da dieser Kampf der "Kämpfe" kein Zufall, sondern System ist, so bewegt sich auch die Fortführung des geschlossenen Nationalrats in denselben Bahnen der vom Einfluß des Großkapitals beherrschten Koalitionregierung.

Der zweite Schritt auf diesem Gebiet ist die Verordnung über den vorläufigen Reichswirtschaftsrat vom 4. Mai. Man hat sich diesmal nicht erst den Unannehmlichkeiten einer parlamentarischen Kritik ausgesetzt und den Reichswirtschaftsrat auf Grund des Gesetzes über eine vorläufige Form der Gesetzgebung für die Zwecke der Übergangswirtschaft verordnet. Die Bestimmungen der Verordnung wonach zunächst Reichsarbeiterräte und der Reichsarbeiterrat zu bilden seien, haben den Gesetzgebern keine Hindernisse bereitet. Man begnügte sich damit, festzustellen, daß dieser Erfüllung der Verordnung zur Zeit technische Schwierigkeiten im Wege ständen. Das Bedürfnis nach reinen Arbeitervereinigungen ist bei der Regierung Ebert-Müller ebenso lebhaft, wie bei ihrem Vorgänger Ebert-Bauer. Auch der Reichswirtschaftsrat der Arbeitervereinigungen (RWA) bei etwaigen technischen Schwierigkeiten zunächst wenigstens einen provisorischen Reichsarbeiterrat zu schaffen, fand in der Wilhelmstraße keine Gegenliebe. Die Nationalratsverordnung soll also zunächst von oben herunter durch Schaffung einer paritätischen Spitze in die Erscheinung treten.

Es braucht an dieser Stelle nicht erläutert zu werden, daß bei einer formal paritätischen Vertretung solcher Körperschaften durch die gleiche Zahl von Unternehmern und Arbeitnehmern eine wirkliche Gleichberechtigung keineswegs vorhanden wäre. Schreibt doch selbst der "Vorwärts": "Nehmet man im Durchschnitt an einen Arbeiter 100 Arbeitnehmern, so würde die Stimme eines Unternehmers hundertmal schwerer wiegen als die eines Arbeiters."

Die Parität in dem vorläufigen Reichswirtschaftsrat ist aber auch noch nicht einmal äußerlich formal gewahrt, denn der überwiegende Einfluß des Unternehmertums ist schon zahlenmäßig gesichert. Von den 325 Mitgliedern des Reichswirtschaftsrates sollen entstehen: 68 auf die Landwirtschaft, 6 auf Gärtnerei und Fischerei, 68 auf die Industrie, 44 auf den Handel, 34 auf Verkehr und öffentliche Unternehmungen, 30 auf das Gewerbe, 30 auf die Berufsvereine, 16 auf die Beamtenstände und die freien Berufe. Dazu kommen je 12 Vertreter, die vom Reichsrat und der Reichsregierung "nach freiem Ermessen" ernannt werden. Nach den Grundzügen der Verordnung sollen in den einzelnen Gruppen je die Hälfte Unternehmer und Arbeitnehmervertreter sein.

Die Art der Berufung steht indes mit diesem Grundsatze in unbedingtem Widerspruch. So sind z. B. in der Landwirtschaft auf Veranlassung der 43 Arbeitnehmervertreter neben dem freigelegenen landwirtschaftlichen Verband die wirtschaftsrechtlichen Verbände der Gutsherren bestimmt. Die besonderen Vertretungen des landwirtschaftlichen Kleinbesitzes bringen gleichfalls eine Durchbrechung der formalen Parität. Auch in anderen Gruppen sind eine Reihe von Vereinen zu finden, die in keiner Weise als Arbeitnehmerorganisationen anzusprechen sind und vorwiegend Kapitalinteressen wahrzunehmen haben. Aber auch in der Industrie und der Handelsgewerbe muß der Weg zur Arbeitnehmervertretung im Reichswirtschaftsrat als äußerst bedenklich bezeichnet werden, denn er führt grundsätzlich immer wieder über die Zentralarbeitsgemeinschaft der Arbeitgeber und Arbeitnehmer Deutschlands. Was wird beispielsweise aus den Gewerkschaften, wie Metallarbeiterverband, die der Zentralarbeitsgemeinschaft nicht angeschlossen sind? Für die Gruppe Handel, Banken und Versicherungsgewerbe ist die Benennung der Vertreter einer Arbeitsgemeinschaft übertragen, obwohl in diesen Gewerben bisher ein solches Gebilde überhaupt noch nicht besteht. Es wird also hier auf die beteiligten Arbeitnehmer ein unmittelbarer Druck zur beschleunigten Schaffung einer Arbeitsgemeinschaft ausgeübt. Man wird sich auch nicht darüber zu wundern brauchen, daß bei diesem System die breiten Schichten der Angestellten und Arbeiter auf die Antwort ihrer Vertreter keinen Einfluß ausüben in der Lage sind. Dieser "Miteinbau" wird schließlich gekrönt durch 24 Persönlichkeiten, die nach dem Belieben des Reichsrates und der Reichsregierung ernannt werden. Sie sollen "mit dem Wirtschaftsleben der einzelnen Bundesstaaten besonders vertraut" und "durch besondere Leistungen die Wirtschaft des deutschen Volkes in hervorragendem Maße gefördert haben oder zu fördern geeignet sein". Also Willkür über Willkür.

Der Aufsichtsrat des Reichswirtschaftsrates ist verkommen, denn wenn auch allgemein die Tätigkeit des Reichswirtschaftsrates nur eine tatsächliche sein soll, so wird doch die Behandlung der sozialpolitischen und wirtschaftspolitischen Angelegenheiten von entscheidendem Einfluß auf die folgenden Beschlüsse des Reichsrates werden. Vor allem wird der vorläufige Reichswirtschaftsrat, dessen provisorischer Charakter zunächst keine zeitliche Beschränkung erfahren hat, die weitere Weiterentwicklung, d. h. Schaffung der Reichsarbeiterräte, des Reichsarbeiterrates usw. vorzubereiten haben. Der Einfluß des Unternehmertums auf die Nationalratsverordnung wird nach der ganzen Zusammenfassung der vorläufigen Reichswirtschaftsrats in Zukunft wesentlich stärker sein, als er bisher bereits in der Nationalratsversammlung auszuwirken ist. Dieses sogenannte "Parlament der Arbeit" wird auch noch nicht einmal dauernd öffentlich tagen, sondern mit Zweidrittelmehrheit die Öffentlichkeit ausschließen können. Die Unternehmer verfügen mit ihrem großen Ansehen ohne weiteres über die qualifizierte Mehrheit. Nach Schluß der Wahlkommissionen in den beiden Ausschüssen für Sozialpolitik und Wirtschaftspolitik gelistet werden sollen. Hier bilden die nichtsozialistischen

Sitzungen die Regel, während nur im Ausnahmefalle auf Antrag von 20 Mitgliedern (ein Ausschuss besteht aus 20 Mitgliedern) mit Zweidrittelmehrheit die Öffentlichkeit zugelassen werden kann. Es wird wohl nicht bestritten werden, daß durch derartige Beschlüsse neben der augenblicklichen Entziehung der Arbeiterkraft auch ihre Aktionskraft für kommende große Entscheidungskämpfe geschwächt werden muß. Die revolutionäre Arbeiterkraft sollte deshalb bei allem Festhalten an den Endzielen der sozialistischen Bewegung die Bedeutung des gewerkschaftlichen Tageskampfes nicht aus dem Auge verlieren.



Nur noch bis zum Sonntag

legen die Wählerlisten zur Einsichtnahme aus.

Es ist die Pflicht jedes Wahlberechtigten zu prüfen, ob er in der Wählerliste steht und nötigenfalls unter Vorbringung ausreichender Legitimationspapiere seine nachträgliche Einschreibung zu bewirken.

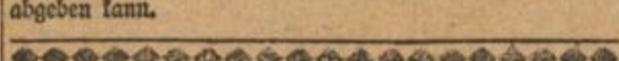
Niemand schene die kleine Mühe, da er sonst Gefahr läuft, sein Wahlrecht einzubüßen.

Aus allen Auslegestellen werden zahlreiche Unrichtigkeiten gemeldet, die sich hauptsächlich auf Pinguinexogene und jüngere Personen beziehen.

Jeder frage zur Korrektur bei, damit er auch wirklich am 6. Juni seine Stimme für die Liste der U. S. V. abgeben kann.

Seine Stimme für die Liste der U. S. V. abgeben kann.

Seine Stimme für die Liste der U. S. V. abgeben kann.



Der Wähligen.

Früher konnte man nur dort wählen, wo man in die amtliche Wählerliste eingetragen war. Auf Grund des § 3 des neuen Reichswahlgesetzes kann man in jedem beliebigen Wahlkreis seine Stimme abgeben — wenn man einen Wahlschein besitzt.

Der Wahlschein wird jedem Wähler von der Gemeindebehörde seines Wohnortes, dessen Name in der Wählerliste oder Wahlkarte eingetragen ist, ausgestellt, wenn er 1. in Ausübung des Berufs oder zur Friedigung persönlicher oder öffentlicher (Wahl-) Angelegenheiten am Wahltag außerhalb seines Wohnortes sich aufhält oder ihn so frühzeitig verlassen muß oder an ihm so spät zurückkehrt, daß er innerhalb der Wahlzeit dort nicht mehr wählen kann; 2. am Wahltag zu Kur- oder Erholungszwecken außerhalb seines Wohnortes sich aufhält; 3. infolge eines körperlichen Leidens oder Verbrechens in seiner Bewegungsfreiheit behindert ist.

Auch wenn der Wähler nach Ablauf der Frist zur Ausstellung der Wählerlisten oder Wahlkarte seine Wohnung in einen anderen Wahlbezirk verlegt, ist er berechtigt, sich einen Wahlschein ausstellen zu lassen. Es können also auch Auslegeschädigte oder andere in ihrer Bewegungsfreiheit behinderte Kranke den Antrag auf Ausstellung eines Wahlscheins stellen, um dann in jedem ihnen am leichtesten erreichbaren Wahlraum ihre Stimme abzugeben.

Bei Vornahme der Wahl ist der Kontrolle wegen der Wahlscheine abzugeben. Die Abgabe muß natürlich stets persönlich erfolgen.

Da die Wählerlisten jetzt ausliegen, kann der Antrag auf Ausstellung des Wahlscheins bereits erfolgen. Man sehe aber vorher nach, ob man in die Wählerliste eingetragen ist.

Das Unfallversicherungs-

Entschädigung nach Billigkeit.

Die Nationalversammlung hat am 20. April das Gesetz über die durch innere Unruhen verursachten Schäden angenommen. Den Geschädigten wird nicht der gesamte erlittene Schaden ersetzt, es wird vielmehr für die Zukunft ein Ersatz für Vermögensschäden nur "nach Billigkeit" und unter Berücksichtigung der gesamten wirtschaftlichen Lage des Betroffenen geleistet. Soweit es sich um Personen handelt, soll das Gesetz bis zum 1. November 1918 rückwirkende Kraft haben. Kommen Sachschäden in Frage, so sollen die bisherigen Unfallversicherungsgesetze für die Vergangenheit wirksam sein. Wo es bisher besondere Unfallversicherungsgesetze nicht gab, soll auch für die Vergangenheit das neue Gesetz Anwendung finden.

Für die Bemessung der Personenschäden sollen die am 31. März 1920 geltenden Militärversorgungsgesetze maßgebend sein. Es soll dadurch erreicht werden, daß die durch innere Unruhen an Leben und Gesundheit geschädigten Personen grundsätzlich denjenigen gleichgestellt werden, die als Soldaten im Felde geschädigt worden sind. In dem Unfallversicherungsgesetz kann aber nicht ohne weiteres auf das neue Militärversorgungsgesetz Bezug genommen werden. Die Richtlinien dieses Gesetzes müssen vielmehr den Bestimmungen der militärischen Versorgung in einem besonderen Gesetz angepaßt werden. Dieses neue Gesetz, das demnächst eingebracht werden soll, soll rückwirkende Kraft bis zur Entstehung des Schadens erhalten. Bis zum Erlaß eines solchen Gesetzes müssen die Bestimmungen der alten Militärversorgungsgesetze ausreichen. Die Geschädigten sollen sobald wie möglich in den Besitz von Mitteln gesetzt werden, die ihnen die wirtschaftliche Wiederherstellung ermöglichen. Gemeinden, die die erforderlichen Schadenssummen nicht oder nicht völlig aufbringen können, will das Reich beihilfen gewähren.

Sowjetregierung und Völkerverbund.

Kopenhagen, 18. Mai. Die Antwort der Sowjetregierung auf die Anfrage des Völkerverbundes wegen der Einsetzung einer Studienkommission nach Rußland wurde am 8. 5. in einer außerordentlichen Sitzung des Völkerverbundes in Kopenhagen beschlossen. In dem Moskauer Rundschreiben, das die Kommission bringt, heißt es: Die Sowjetregierung begrüßt die Entschädigung des Völkerverbundes. Das Völkerverbundsmitglied soll sich aber nicht, festhalten, daß Polen, welches ebenfalls zum Völkerverbund gehört, den Krieg gegen Sowjetrußland begonnen hat. Von seiten des Völkerverbundes sei Polen dabei nicht das geringste Hindernis in den Weg gesetzt worden. Am besten ist es wurde sofort von ein paar

immer zahlreicher tätig unterragt. Rußland wird die englische Handelsdelegation empfangen und ihr jede Möglichkeit geben, sich über alles zu unterrichten. Es kann aber nicht einer Delegation gestattet, nach Rußland zu kommen, die aus Vertretern einer Regierung besteht, die einen Krieg gegen die Sowjetregierung führt. Trotzdem hat das Völkerverbundsmitglied in der Hoffnung, daß die Siege der Roten Armee dieser Tage bald ein Ende bereiten würden, eine Kommission aus drei Mitgliedern bestimmt, die im Einklang mit dem Völkerverbunde für auswärtige Angelegenheiten die Befugnis haben wird, die Einreise der Delegation nach Rußland sobald es möglich ist, ohne Einberufung des Völkerverbundsleiters zu gestatten.

Gewerkschaftliches.

Zusammenfluß der Arbeitnehmerorganisationen im Gastgewerbe.

Ein Kurier des im Gastgewerbe der freien Arbeitnehmerorganisationen mit der Untergruppe: haben die auf freigelegenen Listen im Verband der Gastgewerbetreibenden, der Bund der Hotel-, Restaurant- und Gastgewerbetreibenden und der Verband der Köche, zur Gruppe 2 der Gastgewerbetreibenden (Baugruppe 17), der Deutsche Hotelierverband und der Bund der technischen Angestellten und Beamten, zur Gruppe 3 der Deutsche Metallarbeiterverband, der Zentralverband der Geiger und Musikanten, der Deutsche Holzgewerbetreibenden der Verband der Kleider und Bekleider, der Deutsche Sattler- und Tapeziererverband und der Verband der Gärtner- und Gärtnereiarbeiter und zur Gruppe 4 der Deutsche Musikerverband. Die Leitung des Kuriers übernimmt ein geschäftsführender Ausschuss, in den jede Gruppe einen Vertreter entsendet. Zu einer der ersten Aufgaben des Kuriers wird die Organisation und Unterhaltung der Betriebsräte der gewerkschaftlichen Betriebe gehören. Die Geschäftsstelle des Kuriers befindet sich Wasserstraße 90/92.

Eine dort besuchte Versammlung der Angestellten der chemischen Industrie nahm Mittwochabend den gefälligen Schlußbericht entgegen und entschied sich gegen wenige Stimmen für eine von U. S. V. Mitgliedern eingebrachte Resolution, worin der Schlußbericht als unzureichend abgelehnt und eine Betriebsabstimmung gefordert wird. Die Versammlung ist überzeugt, daß in der kapitalistischen Wirtschaft eine gerechte Verteilung überhaupt nicht möglich ist und fordert daher eine schleunige Inangriffnahme der Sozialisierung der dazu überreifen chemischen Industrie.

Der sechste Bundeskongress der Gewerkschaften wurde gestern im Lehrerseminar eröffnet. Nach Bekanntgabe des Geschäftsberichtes durch den Bundesvorsitzenden Thiele und einem Vortrag des Abg. Müller-Pommes über die Befreiungsgesetze wurde einstimmig folgende Resolution angenommen: "Der heutige sechste Bundeskongress der Gewerkschaften Deutschlands ist die Fortsetzung des fünften Bundeskongresses und des fünften Bundeskongresses für die Arbeitervereinigungen des Reiches. Ergriffenem Maßnahmen sowie die während dieser Zeit erfolgte Annäherung an die freien Gewerkschaften seine Anerkennung aus und hofft, daß die Gewerkschaft in ähnlichen Fällen die gleiche Stellung einnimmt wie während des Reichstagskongresses. Im höchsten Maße betont der Bund, daß er an seiner parteipolitischen Neutralität unbedingt festhält."

Angestellten-Massensammlungen. Der Zentralverband der Angestellten veranstaltet heute abend 7 1/2 Uhr im Friedrichs-Realgymnasium, Ritterwälder Straße 37, und in der 148. Gemeindehalle, Stralunder Straße 54, zwei öffentliche Massensammlungen. Tagesordnung: "Was haben die Angestellten vom neuen Reichstag zu erwarten?"

Groß-Berlin.

An die Organisationen der U. S. V. und die Gemeindevorteiler!

Die Verlagsgenossenschaft "Freiheit" gibt in Kürze eine kleine Schrift über die neue Stadtgemeinde Berlin mit Erläuterungen aus der Feder des Genossen Karl Leib heraus. Genosse Leib war Mitglied der Kommission der preussischen Landesversammlung, die den Gesetzentwurf zu beraten hatte und Sprecher unserer Fraktion im Plenum. Er bringt somit zu der Erläuterung dieser Aufgabe besonders Sachkenntnis mit, die erwarren läßt, daß eine gründliche und wertvolle Arbeit entstehen wird. Die Schrift wird außer dem Text des Gesetzentwurfes und der Wahlordnung Erläuterungen zu den einzelnen Paragraphen enthalten und eine Anleitung, wie den Werdegang und die Bedeutung des Gesetzes, die Haltung der einzelnen Parteien, die Berücksichtigung des von der Regierung beabsichtigten Schwertes durch die Parteien in der Kommission kritisch beleuchten wird.

Um die Höhe der Kautionsbestimmungen zu kennen, bitten wir unsere Genossen dringend, ihre Bestellungen auf die Schrift sofort an die Buchhandlung "Freiheit", Breitestr. 89, zu richten. Die Schrift wird mit aller Beschleunigung hergestellt werden und nur in der Reihenfolge des Einganges der Bestellungen zum Verlaß gelangen. Der Umfang der Schrift wird etwa vier Bogen umfassen. Bei Bezug durch die Organisationen oder Fraktionen wird ein erheblicher Rabatt gewährt.

Die Kostenliste Groß-Berlin teilt mit: Vom Freitag, des 14. Mai 1920 werden zur Entnahme und Abgabe von Rollen folgende weitere Abschnitte freigegeben: Abschnitt 4 der 6-Zentner-Ofenkarte, Abschnitt 14 der 10-Zentner-Ofenkarte, Abschnitt 24 der 20-Zentner-Ofenkarte, Abschnitt 34 der 30-Zentner-Ofenkarte, Abschnitt 44 bzw. 54 und 64 der 40-Zentner-Ofenkarte, Abschnitt 7—10 der Sonderkarte, Abschnitt 15—18 der Rollenkarte. — Bevorzugt zu liefern sind die früher freigegebenen Abschnitte der Rollen-, Ofen-, Rollen- und Sonderkarte, sofern sie nicht für verfallen erklärt sind. — Ab 1. Juni 1920 sind ungenügend: die Abschnitte 8 der 6-Zentner-Ofenkarte, 18 der 10-Zentner-Ofenkarte, 28 der 20-Zentner-Ofenkarte, 38 der 30-Zentner-Ofenkarte, 48 bzw. 58 und 68 der 40-Zentner-Ofenkarte die Abschnitte 3 der 12-Zentner-Rollenkarte, 13 der 16-Zentner-Rollenkarte, 23 der 24-Zentner-Rollenkarte, 33 der 32-Zentner-Rollenkarte.

Soeben ist erschienen:

Das Reichswahlgesetz

mit Wahlkreiseinteilung und Wahlordnung

Herausgegeben von Ernst Günther

Bestellungen insbesondere von den Organisationen umgehend erbeten. Sie werden nach der Reichswahlordnung des Einzelnen erledigt. Verlagsgenossenschaft "Freiheit", Abt. Buchhandlg., Berlin C 2, Breite Straße 8, 9.

